

B 2510



Egerer Zeitung

Seit 1846
das
Heimatblatt
des
Egerlandes

Für die Heimatvertriebenen aus dem Stadt- und Landkreis Eger
Neues und Altes aus der Stadt Königsberg und Umgebung
– Mitteilungsblatt des Egerer Landtags e.V. –

JAHRGANG 58

DRUCKHAUS OBERPFALZ • EGERER ZEITUNG • PARADEPLATZ 11 • 92224 AMBERG
TELEFON (09621) 12876 • FAX (09621) 33632 - MAIL: egerer.landtag@t-online.de

Nr. 10 OKTOBER 2007



*Stein:
Blick übers Egertal*

(Foto: E. Heimerl)

Zur Lage

Mit dem Aufstellen zweisprachiger Ortsschilder tut sich die Tschechische Republik schwer

Seit 2001 gilt in Tschechien ein Minderheitengesetz. Seit 2005 können autochthone Minderheiten zweisprachige Orts-, Straßen- und Hinweisschilder beantragen, wenn sie mindestens zehn Prozent der Bevölkerung einer Gemeinde stellen. Laut aktueller tschechischer Volkszählung gibt es fast hundert Gemeinden, in denen die deutsche, polnische und slowakische Volksgruppe diese Marke erreicht.

Bislang hat allerdings nur die polnische Minderheit von ihrem Recht Gebrauch gemacht. Seit Jahren laufen in über 30 Gemeinden des tschechisch-schlesischen Kreises Anträge zur Aufstellung zweisprachiger Ortsschilder in Tschechisch und Polnisch. Nach einem langen politischen Hickhack über die Finanzierung und das Ausmaß der Regelung wurden vor einigen Wochen die ersten zweisprachigen Orts- und Hinweisschilder in Albrechtice/Olbrachcice eingeweiht. Damit ist Tschechien das erste Land Mitteleuropas, das seinen Minderheiten dieses Grundrecht zugesteht.

In Deutschland bestehen im gesamten historischen Siedlungsraum der Sorben, unabhängig vom Minderheitenanteil, zweisprachige Schilder. In Polen wurden vor drei Jahren kaschubische Ortstafeln aufgestellt. Auf Gemeindeebene existieren zweisprachige polnisch-deutsche Schilder in verschiedenen Orten der Wojwodschaft Oppeln. Die Aufstellung der ersten polnisch-deutschen Ortstafeln wird dieses Jahr in der schlesischen Gemeinde Radlów/Radlau und ihren Ortsteilen erwartet. Mindestens fünfzehn weitere Gemeinden sollten folgen. Initiativen gibt es in Dutzenden mehr.

In der Slowakei sind, neben dem gesamten ungarischen Sprachgebiet, auch die wenigen karpathendeutschen Gemeinden, wie zum Beispiel Krahule/Blaufuss, zweisprachig angeschrieben. In Ungarn können zweisprachige Schilder von autochthonen Minderheitenverbänden unabhängig vom Bevölkerungsanteil beantragt werden. Daher gibt es bereits Hunderte Orte mit bis zu dreisprachiger Benennung. In Österreich wurden seit dem Jahr 2000 in über hundert Gemeinden zweisprachige Orts-, Straßen- und Hinweisschilder für die slowenische, kroatische und ungarische Minderheit aufgestellt.

Doch wie stehen die Chancen für die historisch größte Sprachminderheit Europas - die deutsche Volksgruppe in Böhmen, Mähren und Schlesien? Scheinbar schlecht, obwohl sich 18 Gemeinden, selbst nach bestehendem tschechischem Recht, für die Aufstellung zweisprachiger Schilder qualifizie-

ren. Es sind dies Medenec/Kupferberg, Tatrovice/Dotterwies, Horská Kvilda/Innergefeld, Krystofovy Hamry/Christophammer, Stf fbnä/Silberbach am Erzgebirge, Horni Blatná/Bergstadt Platten, Mikulov/Niklasberg bei Teplitz-Schönau, Albertamy/Albertham, Josefov/Josefsdorf, Kacerov/Katzengrün, Bozi Dar/Gottesgab im Erzgebirge, Pernink/Bärringen, Bublava/Schwaderbach im Erzgebirge, Vejprty/Weipert, Stare Sedlo/Altsattel im Erzgebirge, Krásno/Schönfeld bei Falkenau, Královske Pofici/Königswarth bei Falkenau und Zaclef/Schatzlar.

Auf Anfrage bei der für Minderheiten zuständigen Ministerin, Dzamila Stehliková, erhält man folgende Information: „Die Deutschen in den betroffenen Orten sind nur eine sehr kleine Gruppe in absoluten Zahlen mit einem hohen Durchschnittsalter. Wir wissen, dass sie solche zweisprachigen Schilder nicht unterstützen.“

Schatzlar ist die größte der betroffenen Gemeinden. Das für Schatzlar zuständige Begegnungszentrum Trutnov/Trautenau bestätigte, dass die deutsche Minderheit in einer Sitzung gegen einen Antrag auf zweisprachige Schilder gestimmt hat. Grund dafür ist die Angst einer seit Jahrzehnten eingeschüchterten Minderheit vor Konflikten mit der Mehrheitsbevölkerung. Ein Mitglied der deutschen Minderheit Westböhmens, das nicht genannt werden will, bringt es auf den Punkt: „Wir wollen nicht, dass uns die Tschechen einen Ziegel durch Fenster werfen!“ Es ist nicht lange her, seit der Gebrauch der deutschen Muttersprache im öffentlichen Raum noch zu Beschimpfungen und Drohungen führte.

Es ist unverständlich, dass Minderheiten in Tschechien gezwungen werden, um die Umsetzung bestehenden Rechtes formell anzusuchen. Dies ist weder in Deutschland noch in Polen oder Österreich der Fall. Auch die 10-Prozent-Hürde entspricht keineswegs dem europäischen „Best Practise“.

Länder wie die Schweiz, Deutschland, Ungarn, Slowenien, Großbritannien und Finnland anerkennen die Zweisprachigkeit im gesamten historischen Siedlungsraum einer autochthonen Sprachminderheit, unabhängig vom Minderheitenanteil. So sind Städte wie Cottbus/Chosebuz, Bautzen/Budysin, Helsinki/Helsingfors, Koper/Capodistria, Sopron/Ödenburg oder Cardiff/Caerdydd offiziell zweisprachig, obwohl die Minderheit meist nur mehr zwischen einem und vier Prozent der Gesamtbevölkerung stellt. Diese Gemeinden akzep-

tieren ihre Verantwortung für das historische Spracherbe.

Auch in Tschechien sollte man sich endlich mit dieser Problematik befassen, und zumindest in jenen Gemeinden, in denen Deutsche vor der Vertreibung die Mehrheit ausmachten, zweisprachige Schilder aufstellen.

Als ersten Schritt könnten Gemeinden im Ortskern freiwillig wieder alte deutsche Straßentafeln neben den tschechischen anbringen. In manchen Fällen existieren alte deutsche Schilder sogar noch, sind aber überdeckt oder übermalt worden. Die elsässischen Städte Strassburg, Mühlhausen und Colmar haben diesbezüglich Vorbildwirkung. Dort wurden ohne gesetzliche Grundlage ganze Stadtteile zweisprachig - französisch/elsässerdeutsch - beschildert. Die Anerkennung alter deutscher topografischer Bezeichnungen ist fraglos ein Schlüsselfaktor für die Versöhnung zwischen Tschechen und ihrer ehemaligen verbliebenen deutschen Bevölkerung. Wird sich der tschechische Staat dieser Verantwortung stellen?

Peter Josika

Der Autor ist Mitteleuropakorrespondent der Nachrichtenagentur autochthone europäischer Sprachminderheiten und Koordinator des Projektes „Netzwerk zweisprachiger Gemeinden Europas“ der Stadt Biel/Bienne in der Schweiz.

Aus der Politik

Beckstein in Prag

Der designierte Bayerische Ministerpräsident besuchte auch das Büro der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Der bayerische Innenminister und designierte Ministerpräsident Beckstein (CSU) hat am Dienstag, 12. September 2007 Prag besucht. Erklärter Zweck des Besuchs waren Gespräche mit Innenminister Ivan Langer über Fragen im Zusammenhang mit dem möglichen Beitritt der Tschechischen Republik zum Schengen-Raum und der Erleichterung des Zugangs tschechischer Arbeitnehmer zum Arbeitsmarkt in Deutschland. Auch Premierminister Mirek Topolánek und Außenminister Karel Schwarzenberg haben den designierten bayerischen Ministerpräsidenten empfangen.

Im Verlauf dieser Gespräche hat Beckstein das Festhalten der tschechischen Republik an den Benes-Dekreten scharf kritisiert. Diese Dekrete waren die Grundlage der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Dekrete seien „eine offene Wunde“, betonte er mehrmals, sowie ein „massiver Verstoß gegen Völker-, Europa- und Menschenrecht“. Und mit Bezug auf die Vertreibung fügte er hinzu: „Auch wenn diese Ereignisse viele Jahre zurückliegen, blieben bei den Betroffenen schwe-



Dr. Günther Beckstein

(Foto: Christian Horvat)

re Traumata zurück, worüber man nicht schweigen kann. Daher appelliere ich an die Tschechen, dass sie an ihre eigene Geschichte nicht mit Aggressivität herangehen, sondern dass sie offen werden."

Der Streit über die Benes-Dekrete sei „das schwierigste Problem“ zwischen München und Prag - noch vor dem geplanten Beitritt des EU-Mitglieds zum Schengen-Gebiet und der Frage der Freizügigkeit für tschechischen Arbeitnehmer.

In einem Gespräch mit Journalisten gab Beckstein der Erwartung Ausdruck, dass die Tschechen sich bewusst werden sollten, dass die Dekrete viel Unrecht bewirkt hätten. Er beklagte, dass sich die Tschechen mit ihrer jüngeren Geschichte noch nicht auseinandergesetzt hätten.

Auf die Frage angesprochen, ob nun eine neue Phase in den tschechisch-bayerischen Beziehungen anbreche, verwies Beckstein in einem Interview mit der konservativen tschechischen Tageszeitung „Lidove noviny“ auf die Probleme, die sich so in den vergangenen Jahrzehnten angestaut haben. Auch über diese solle man offen und freundschaftlich reden. Die Vergangenheit dürfe nicht verdrängt werden. „Man muß weiter an einer Lösung der Probleme arbeiten und dabei andere Themen nicht auslassen.“

Der tschechische Ministerpräsident Topolánek erwiderte, es gebe in Prag derzeit keine politische Kraft, die eine Herausnahme der Dekrete aus der Rechtsordnung, d.h. eine Aufhebung der Dekrete unterstützen werde, sagte er. Dies würde die zweiundsechzigjährige Entwicklung und auch Eigentumsrechte der tschechischen Bürger bedrohen. Die beiden Ministerpräsidenten brachten in dieser Frage unterschiedliche Positionen zum Ausdruck.

Nach seinen Gesprächen mit Mitgliedern der tschechischen Regierung besuchte Beckstein auch das Büro der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Prag. Er wurde dort von deren Bundesvorsitzenden, Bernd Posselt, und vom

Leiter ihres Prager Büros, Peter Barton, begrüßt. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft bewertet es als wichtiges Zeichen, dass Beckstein in Prag das Büro der Vertriebenenverbände besuchte. Der Bundesvorsitzende Bernd Posselt, Europaabgeordneter der CSU im Europäischen Parlament, sprach von einem Bekenntnis zur bayerischen Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen. Johann Böhm, der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, dankte Beckstein in einem Brief für seine klare Haltung.

In den vergangenen Monaten waren Bestrebungen des scheidenden bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, ein Treffen mit dem tschechischen Premierminister Topolánek in Böhmen zustande zu bringen, an angeblichen tschechischen Terminschwierigkeiten gescheitert. Stoiber hatte immer einen unmittelbaren Dialog zwischen der tschechischen Regierung und den Sudetendeutschen gefordert. Wegen des tschechischen Festhaltens an den Vertriebensdekreten hatte er Prag früher nicht besuchen wollen.

Zu Becksteins Position in diesen Fragen schreibt Klaus Brill, der Prager Korrespondent der „Süddeutschen Zei-

tung“: „Beckstein hat und wird auch künftig in vielem die gleichen Positionen wie Stoiber vertreten. Wie dieser betrachtet er die Benes-Dekrete und die Vertreibung der Sudetendeutschen als schreiendes Unrecht, wie dieser nimmt er die Rolle Bayerns als Schirmherr der Sudetendeutschen sehr ernst....Aber Beckstein hat auch eigene Akzente gesetzt. ... Darauf, dass die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und Verfehlung nicht angeordnet, sondern nur von der ganzen Gesellschaft geleistet werden kann ... Diese Art der Betrachtung ist frei von Überheblichkeit und zeugt von Verständnis für die Situation des anderen.“

Und Berthold Kohler schrieb in einem Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Beckstein ist Realpolitiker, der an einer guten bayerisch-böhmischen Nachbarschaft interessiert sein muß. Das kann man, wie sein Beispiel zeigt, auch, ohne zur Umwidmung von Unrecht schweigen zu müssen.“

Die Vertreibung der Sudetendeutschen vor 60 Jahren bleibt auch nach der Ära Edmund Stoibers ein Thema, bei dem es Bayern und Tschechen nicht leicht fallen wird, einander näher zu kommen. (E Z)

Egerer Landtag • Egerer Zeitung

Oktober 1947:

Erste Schritte zum neuen Egerer Landtag e. V.

Im Oktober 1947 kam man im Kreise ehemaliger Mandatsträger von Stadt und Land Eger in Nürnberg überein, den Egerer Landtag wieder auf die Füße zu stellen. Nach Herausgabe von Heimatbriefen erfolgte dann 1949 die Gründung der „Egerer Zeitung“.

Ein erstmaliges größeres Wiedersehenstreffen der Ausgewiesenen aus Stadt und Land Eger fand im Juli 1949 in Rothenburg o. d. Tauber statt. Im Kaisersaal des Rathauses erklärte Dr. Emil Janka: „Als letzter amtsführender Bürgermeister des Stadtkreises Eger nehme ich mit Ihrer Zustimmung die Tradition des Egerer Landtages wieder auf.“

In einer Entschließung wurde die wiederholt gestellte Forderung nach staatlicher Bereinigung des Heimatgebietes erneut zum Ausdruck gebracht. Zugleich wurden mit einem Bekenntnis zur sudetendeutschen Schicksalsgemeinschaft die Alliierten und die deutsche Regierung gebeten, die Rückgabe der Heimat mit allen Mitteln zu unterstützen. Beim Kontrollrat stieß man auf Ablehnung.

Zur publizistischen Unterstützung der Anliegen wurde die Herausgabe einer fundierten und repräsentativen Stadtmonographie von Eger beschlossen. Archivdirektor Dr. Heribert Sturm brachte 1950 den Band „Eger - die Geschichte einer Reichsstadt“ heraus, dem 1952 der Bildband über Eger folgte.

Am 19. April 1952 erfolgte die gesetzliche Gründung des Heimatverbandes „Egerer Landtag“ e. V. in München mit der Verabschiedung einer Satzung. Es wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden Notar a. D. Hans Fischer und zu seinem Stellvertreter Ernst Haas. Weitere Vorstandsmitglieder wurden Ernst Bartl, Alois Pontz, Wilhelm Markgraf, Adolf Walter, Peter Stark, Edmund Rücker, Dr. Walter Kumpert, Dr. Josef Zartner.

Die Vorsitzenden des Egerer Landtages waren bzw. sind:

1952-1954
Notar a. d. Hans Fischer

1954-1961
Dr. Josef Zartner

1961 -1971
Direktor a. D. Edmund Rücker

1971-1981
Dr. Günther Hönigschmied

1981-2005
Prof. Dr. Lorenz Schreiner

2005-dato Dipl.-Ing.
Leopold Uhl

Den Gesamtvorstand bildeten 30 Mitglieder: 15 aus dem Stadtbezirk, 15 aus dem Landbezirk.

Aus der Notgemeinschaft, in der man die letzte Vertretungskörperschaft fortsetzte, die zuletzt noch in der Heimat bestanden hatte, war dadurch ein organisierter Zusammenschluß in der Form